

Dreieinhalb Pfarrstellen weniger

Sachsenheim wird zur Gesamtkirchengemeinde – Nussdorf wird komplett aufgehoben

Vielfältigen Aufgaben sieht sich die Synode des evangelischen Kirchenbezirks Vaihingen gegenüber. Bei ihrer Frühjahrstagung am Freitagabend in Großsachsenheim betonte Dekan Reiner Zeyher die Herausforderungen für den Kirchenbezirk, die insbesondere durch den Pfarrplan 2024 gegeben sind.

SACHSENHEIM (red). Der Vorsitzende der Bezirkssynode, Albrecht Noller, erläuterte laut einer Mitteilung von Eberhard Schulte, stellvertretender Pressereferent der Synode, das vom Pfarrplansonderausschuss vorgelegte bezirkliche Stellenverteilungskonzept des Kirchenbezirks Vaihingen, das im Rahmen des Pfarrplans 2024 mit dem Abbau von derzeit 19,5 auf künftig 16 Pfarrstellen im Kirchenbezirk Vaihingen zu erstellen war. Nach einer kontrovers geführten Aussprache kam es zur Wahl. Schließlich akzeptierten in geheimer Abstimmung die 43 anwesenden Synodalen mit deutlicher Mehrheit den Vorschlag des Pfarrplansonderausschusses.

Er sieht vor, dass die Pfarrstelle Nussdorf

(100 Prozent) aufgehoben werden soll und sich Nussdorf zukünftig mit Eberdingen eine Pfarrstelle teilt. In Vaihingen wird die Pfarrstelle West (50 Prozent) aufgehoben und die Stelle beim Dekan mit bisher 100 Prozent um 50 Prozent reduziert.

In Großsachsenheim wird die Pfarrstelle Nord (100 Prozent) aufgehoben und in Unterriexingen die bisherige 100-prozentige Pfarrstelle um die Hälfte gekürzt. Damit verbunden sind neue Geschäftsordnungen für die Pfarrstellen in Ensingen, Kleinsachsenheim, Hohenhaslach, Ochsenbach-Spielberg-Häfnerhaslach und Oberriexingen, die den Verlust der Stellenanteile kompensieren sollen. Außerdem soll in den Kirchengemeinden auf dem Gebiet der Kommune Sachsenheim eine Gesamtkirchengemeinde gebildet werden.

Waren bisher die kirchlichen Haushalte nach dem Bedarfsprinzip aufgestellt worden, so soll ab 2019 die inhaltliche, sachbezogene Pauschalierung eingeführt werden, wie Diethelm Martis, Leiter der Verwaltungsstelle Ludwigsburg im Ruhestand, an anschaulichen Beispielen erläuterte. Dabei geht es neben einem festen Sockelbetrag um Bereiche wie die Zahl der Gemeindeglieder, Größe der Kirchen, Anzahl der Gebäude, Versorgung der kirchlichen Kindergärten, Ausgleich für kleinere Gemeinden und weitere Zuschläge.

Da die gesamt zu vergebenden Gelder nicht erhöht werden, ist damit zu rechnen, dass sich nach der Umstellung unter den Kirchengemeinden „Gewinner und Verlierer“, sagte Diethelm Martis, finden werden. Um größere Nachteile abzufedern, soll es eine achtjährige Übergangszeit geben, in der mit Extrazuschüssen ausgeholfen wird. Endgültige Beschlüsse dazu wird die Sommersynode Mitte Juli in Nussdorf treffen.

Da auf Dauer kleinere Kirchenbezirke wie Vaihingen oder Ditzingen kaum überlebensfähig sein werden, gibt es seit mehr als drei Jahren Kooperationsgespräche zwischen diesen beiden Bezirken. Die beiden Bezirkssynoden wollen in ihren Frühjahrstagungen 2019 beschließen, ob man ab dem Jahr 2020 fusionieren will. Begleitend wurden und werden Gespräche über weitere Möglichkeiten von Kooperationen mit dem Bezirk Mühlacker geführt, mit dem Vaihingen schon seit Jahrzehnten verbunden ist.

Über die Herbsttagung der Landessynode berichtete Ulrich Hirsch aus Spielberg. Er schilderte, wie intensiv dort um das Thema Ehe für alle gekämpft wurde und wie knapp mit zwei fehlenden Stimmen der Kompromissvorschlag des Oberkirchenrats gescheitert war, nach dem es den Kirchengemeinden und ihren Pfarrern freigestellt hätte werden sollen, wie sie mit diesem heiklen Thema umgehen.